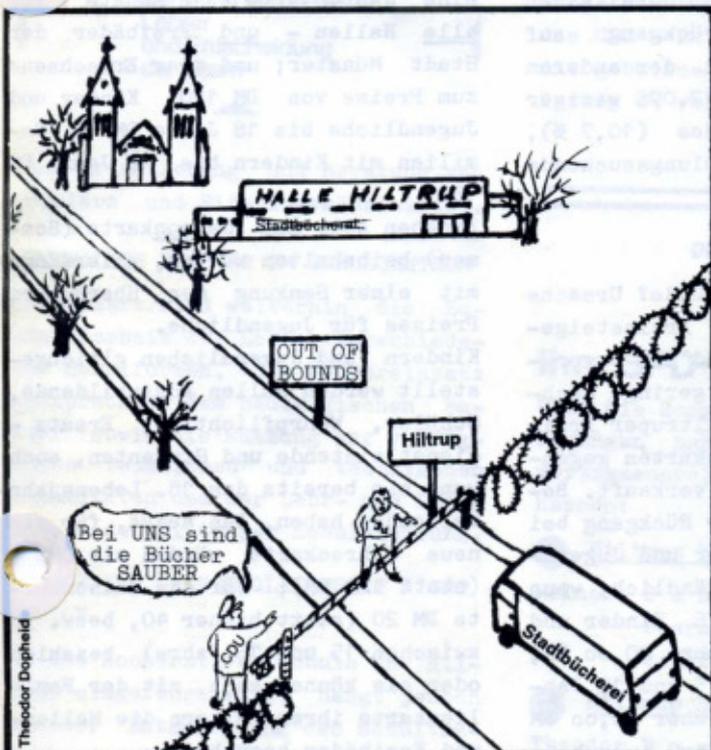


HILTRUP

Nr. 10 · Februar 77 **HEUTE und MORGEN**

INFORMATIONEN - MEINUNGEN - AKTUELLES - INFORMATIONEN - MEINUNGEN

Ein Zweitbuch für Hiltrup



Aus dem Inhalt:

- S. 2 Bädertarife/ Besucher-rückgang
- S. 3 Die Story vom verlorenen Kleingarten
- S. 4 Verkehrsgel-fahren: Marktallee
- S. 5 Beratung über Bildungsmög-lichkeiten
- S. 6 Das aktuelle Thema: Kooperative Schule in Hil-trup
- S. 8 Umweltschutz: CDU + BASF contra Hiltrup

Nach der Streichung der Planungen für eine Zweig-stelle der Stadtbücherei in der sogenannten Mehr-zweckhalle in Hiltrup ist bei den Haushaltsbera-tungen 1977 nun schon zum zweiten Male die An-schaffung einer weiteren Autobücherei von der CDU abgelehnt worden. In Hiltrup wird man also auch in Zukunft auf das hervorragende Angebot der Stadtbücherei verzichten müssen.



Bädertarife: Fehlende Besucher!

Besucherzahlen und Einnahmen sind im letzten Jahr in Münsters Hallen- und Freibädern zurückgegangen: in den Hallenbädern waren es 64.515 Besucher weniger (6,3 %), in den Freibädern 53.155 weniger (7,9 %). Dies ist umso erstaunlicher, als 1976 das Hallenbad Ost in Betrieb genommen wurde und insgesamt gutes Sommerwetter herrschte.

Sowohl das Hiltruper Hallen- als auch das Freibad wiesen dabei einen noch höheren Besucherrückgang auf als der Durchschnitt der anderen münsterschen Bäder: 12.078 weniger Besucher des Hallenbades (10,7 %), 46.167 weniger Erholungssuchende im Freibad (14,6 %).

GRÜNDE FÜR DEN RÜCKGANG

Worin liegen die Gründe? Ursache sind die Bädertarife. Preissteigerungen zwischen 100 und 300 % sorgten selbst für eine geringe Nachfrage. So wurden im Hiltruper Freibad nur 2.881 Saisonkarten gegenüber 4.989 im Vorjahr verkauft. Besonders stark ist der Rückgang bei Saisonkarten für Kinder und Jugendliche. Das wird verständlich, wenn man bedenkt, daß 1976 Kinder und Jugendliche bis 15 Jahre 20,00 DM, Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahre 30,00 DM statt früher 10,00 DM bezahlen mußten; Schüler, Auszubildende, Wehrpflichtige und Ersatzdienstleistende über 18 Jahre zahlten sogar 40,00 DM statt früher 10,00 DM.

Der Besucherrückgang in den Hallen- und Freibädern ist also eindeutig

das Resultat überhöhter und in Teilbereichen unsozialer Tarifgestaltung. Eine Revision ist dringend erforderlich.

ANTRAG DER SPD - FRAKTION IM RAT

Diesem Ziel dient der Antrag der SPD - Ratsfraktion, die Gebührensatzung für die Bäder der Stadt Münster zu ändern.

Erstmals eingeführt werden eine Jahreskarte (12 Monate) für alle Hallen - und Freibäder der Stadt Münster; und zwar Erwachsene zum Preise von DM 120, Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre DM 60, Familien mit Kindern bis 18 Jahre DM 180.

Daneben soll die Saisonkarte (Sommer) beibehalten werden, allerdings mit einer Senkung des überhöhten Preises für Jugendliche.

Kindern und Jugendlichen gleichgestellt werden sollen Auszubildende, Schüler, Wehrpflichtige, Ersatzdienstleistende und Studenten, auch wenn sie bereits das 18. Lebensjahr vollendet haben. Das heißt, für die neue Jahreskarte würden sie DM (statt 120 DM); für die Saisonkarte DM 20 (statt bisher 40, bzw. 30 zwischen 15 und 18 Jahre) bezahlen oder sie können auch mit der Familienkarte ihrer Eltern die Hallen- und Freibäder besuchen.

UNSOZIALER WOCHENENDZUSCHLAG

Wegfallen muß endlich auch der unsoziale Zuschlag von DM 1,- an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen, der nur in Münster erhoben

wird.

Durch diese gezielten Tarifänderungen können die Besucherzahlen erheblich gesteigert werden. Attraktive Preise stärken die Nachfrage, was schließlich auch wieder den städtischen Kassen zugute kommt.

KEIN WEGFALL DER FRÜHBADEZEITEN

Nicht versucht werden sollte jedoch

eine Verminderung des Angebotes, wie es der CDU-Antrag mit dem Fortfall der Frühbadezeiten, u.a. auch im Freibad Hiltrup (06.30-09.00 h) vorsieht. Eine solche Sanierungsmaßnahme geht zu Lasten der Bürger, die vor der Arbeit zum Schwimmen gehen und wäre daher nicht zu akzeptieren. -rb/do-

Der grüne Traum

Das Märchen von den Kleingärten

Mindestens bis zum Jahre 1979 werden unsere Mitbürger noch auf eine Erweiterung der Kleingartenanlage Hiltrup -Ost und auf die Erstellung einer neuen Kleingartenanlage in Berg Fidel/Vennheide warten müssen. Das ist der Wille der CDU Münster.

Die Bezirksvertretung Münster - Hiltrup verabschiedete einstimmig einen Antrag, in Berg Fidel eine solche Anlage zu schaffen. Von den SPD - Ratsherren Winter, Friege und Dopheide wurde dieser Antrag aufgenommen und in einem Ratsantrag gleichzeitig auf die schon lange notwendige Erweiterung der Kleingartenanlage Hiltrup - Ost ausgedehnt. 'Mangelnden Respekt' vor der Bezirksvertretung glaubte CDU-Rats Herr Waltermann (Amelsbüren) wegen dieses Antrages den SPD-Ratsherren vorwerfen zu müssen. Er war offensichtlich der Meinung, daß eine Unterstützung des Antrages der Bezirksvertretung durch die Ratsmitglieder unerwünscht sei. Bei den Haushaltsberatungen im Planungs- und Bauausschuß stellte sich dann auch heraus warum: Die CDU (ein-



schließlich Herrn Waltermann) lehnte nämlich die vorgezogene Erweiterung, bezw. Neuerstellung gegen die Stimmen der SPD ab. Auch wenn die nachträglichen Aktivitäten des CDU-Rats Herrn Dr. Tölle einen anderen Eindruck vermitteln könnten (sollen?); es ist der CDU zu verdanken, wenn die notwendigen Maßnahmen für die Kleingartenanlagen Hiltrup-Ost und Berg Fidel / Vennheide frühestens im Jahre 1979 begonnen werden können.

Das ist der CDU-Respekt vor der Bezirksvertretung?!?

à la bonne heure!

/do

dungen geparkt werden, kommt es sehr häufig zu Vorfahrtverletzungen, die nicht selten zu Verkehrsunfällen führen.

Mit Einführung des vorgeschlagenen Einbahnstraßensystems können diese Gefahren durch die damit verbundene Verringerung der Zahl der Einmündungen in die Marktallee sowie durch einen flüssigeren Ablauf der Einbiegevorgänge erheblich verringert werden.

Die Verstärkung des Gesamtverkehrs auf den Nebenstraßen erfolgt nicht, da der jeweilige, jetzt aber vorhandene, Gegenverkehr wegfällt.

Für Fußgänger, und das gilt in diesem Bereich ganz besonders für die

eine Verminderung des Angebotes, wie es der CDU-Antrag mit dem Fortfall der Frühbadezeiten des Fußzeugverkehr immer nur von einer Seite kommt.

Wegfallen werden auch die häufig zu beobachtenden Situationen in den schmalen Nebenstraßen, in denen ein Begegnungsverkehr wegen der auf beiden Fahrbahnseiten geparkten Fahrzeuge zur Zeit stark erschwert (manchmal unmöglich) ist. Bei umgestaltung zu Einbahnstraßen darf zwar auch auf beiden Fahrbahnseiten geparkt werden, es entfällt jedoch der Gegenverkehr, so daß Behinderungen nicht mehr möglich sind.

-Theodor Dopheide-

WAS - WIE - WO - WANN? SPD-Antrag zur Bildungsberatung

Bildungsberatung für alle will ein Antrag der SPD-Ratsfraktion erreichen. In diesem Antrag wird die Verwaltung beauftragt, einen differenzierten Bericht über die Möglichkeiten der Bildungsberatung in Münster vorzulegen, bzw. ein Konzept für die Weiterentwicklung zu erarbeiten.

Das Grundrecht auf Bildung kann nur dann verwirklicht werden, wenn jeder Bürger die für ihn geeigneten Bildungswege und -einrichtungen kennt. Durch inhaltliche und strukturelle Veränderungen, Vielfalt und breite Fächerung des Angebotes ist das Bildungswesen für den einzelnen oft nicht leicht zu durchschauen.

Wegweisende Hilfe und Beratung in Bildungsfragen sind daher zu einer unverzichtbaren öffentlichen Aufgabe geworden. Münsters Schulen, Schulverwaltung, Volkshochschule, Arbeitsamt und Schulpsychologische Beratungsstelle nehmen sich dieser Aufgabe an.

Notwendig ist jedoch neben dem verstärkten Ausbau einzelner Beratungsstellen (z.B. Schulpsychologischer Dienst) die Verbindung und Integration dieser Aufgabe bei einer Bildungs - Beratungsstelle als selbständiger Dienst der Stadt Münster oder bei einer bereits bestehenden kommunalen Einrichtung. /rb

Einbahnstraßen an in Hilstrup!?!

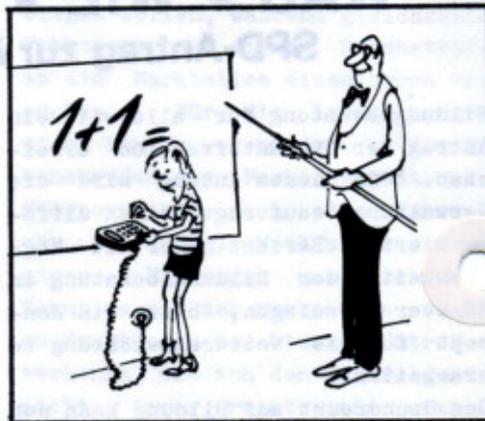
Im kommunalpolitischen Programm der SPD Hilstrup, das anlässlich der Kommunalwahl im Mai 1975 allen Hilstruper Bürgern zugestellt wurde, forderte die SPD Hilstrup die Einführung der Kooperation der Schulen der Sekundarstufe I (Klasse 5 - 10 Hauptschule, Realschule und kommunales Gymnasium) im Schulzentrum Hilstrup. In den Klassen 5 und 6 sollten die Schüler ohne Aufteilung nach Schulformen unterrichtet werden, um eine vorzeitige Festlegung auf bestimmte Bildungsgänge zu vermeiden und die Schüler durch differenzierten Unterricht in Teilbereichen individueller fördern zu können (Orientierungsstufe).

Diese Zielvorstellungen könnten alsbald Wirklichkeit werden. Voraussetzung ist die Änderung des Schul-Verwaltungsgesetzes aufgrund einer gemeinsamen Gesetzesinitiative von SPD und FDP im Landtag Nordrhein-Westfalen. Vorgesehen ist die Einführung der Kooperativen Schule für die Sekundarstufe I als Regelschule neben anderen Schulformen. In dieser Kooperativen Schule soll es eine schulformunabhängige Orientierungsstufe geben.

WAS BEDEUTET DIE KOOPERATIVE SCHULE FÜR HILSTRUP ?

Eine Kooperative Schule könnte im Hilstruper Schulzentrum durch Zusammenfassung von Hauptschule, Realschule und kommunalen Gymnasium entstehen. Die Kooperative Schule unterteilt sich entsprechend dem Stufenaufbau und der Schulformglie-

derung in Abteilungen. Dabei bilden die Klassen 5 und 6 die schulformunabhängige Orientierungsstufe. Ab Klasse 7 gliedert sich die Kooperative Schule in schulformbezogene Abteilungen (Klasse 7 - 10 Hauptschule, Realschule, Gymnasium). Die Abteilungen haben schulfachlich zusammenzuarbeiten, d. h., das Unterrichtsangebot aufeinander abzustimmen und in Teilbereichen schulformübergreifende Lerngruppen zu bilden. In der Orientierungsstufe werden die Schüler auf der Grundlage einheitlicher Lehrpläne durch einen in Einzelbereichen differenzierten Unterricht gefördert. Dabei sollen die Grundlagen für die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg des Schülers geschaffen werden.



MEHR DURCHLÄSSIGKEIT UND CHANCEN- GLEICHHEIT

Die Kooperative Schule soll gleichwertige Bildungsmöglichkeiten für alle Schüler schaffen, unabhängig von der Schulform, die sie besuchen. Durch qualifiziertere Wahl

des Bildungsweges (erst nach dem 6. Schuljahr und nicht wie bisher nach dem 4. Schuljahr) erhöht sich die Chancengleichheit; die Durchlässigkeit zwischen Hauptschul- Real- schul- und Gymnasialabteilung wird vergrößert. (Vermeiden des Schul- wechsels).

In der Orientierungsstufe ist zudem durch gezielteren Unterricht eine bessere Förderung der Schüler sowie

Beratung durch die Lehrer und Entscheidung der Eltern

eine Orientierung und Beratung von Schülern und Eltern gewährleistet.

OPTIMALERE NUTZUNG IM SCHULZENTRUM

Verbessert wird weiterhin die Zusammenarbeit der Lehrer verschiedener Schulformen, der Lehrereinsatz entsprechend dem pädagogischen Bedarf sowie die Nutzung der verfügbaren räumlichen und technischen Kapazitäten und der Lehr- und Lernmittel des Hiltruper Schulzentrums.

CHANCE ZUR CHANCENGLEICHHEIT NICHT VERTUN

Ob die Kooperative Schule in Hilstrup eingeführt wird, hängt jedoch von der Entscheidung des Schulträgers, der Stadt Münster, und seinen politischen Gremien ab. Die SPD wird sich jedenfalls für die Errichtung der Kooperativen Schule einsetzen. Abzuwarten bleibt, wie weit die CDU-Ratsmehrheit im Gegensatz zu ihren Landtagsabgeordneten,

die den Gesetzentwurf ablehnen, von dieser Gesetzesmöglichkeit Gebrauch machen wird.

Erste Äußerungen einzelner CDU-Ratsmitglieder und des Schuldezernenten der Stadt Münster lassen bisher leider keine Bereitschaft erkennen.

Alle Schüler, Eltern und Lehrer sollten sich durch die zur Zeit mit viel Aufwand betriebene Verteufelungskampagne einiger äußerst konservativer Eltern- und Lehrerverbände nicht verunsichern lassen und die CDU - Ratsmehrheit auffordern, die gebotene Chance nicht leichtfertig zu vergeben.

-Rainer Bannert-

Ihre SPD-Ratsherren

Wenn Sie Sorgen, Probleme oder Anregungen haben, wenden Sie sich vertrauensvoll an Ihre SPD - Ratsherren:

● Hiltrup West / Amelsbüren
Rainer B a n n e r t
Deermannstraße 9
Telefon: 02501 / 5761

● Hiltrup Mitte / Ost
Theodor D o p h e i d e
Marktallee 75
Telefon: 02501 / 4291

● Hiltrup Nord / Berg Fidel
Karl-Heinz W i n t e r
Hogenbergstraße 123
Telefon: 0251 / 75682

Umweltschutz: CDU + BASF kontra Hilstrup

Im November des vergangenen Jahres hat der Rat den Bebauungsplan "Zum Rotenberge/ Sanddornweg/ Am Sonnenborn" beschlossen. Mit diesem Bebauungsplan wurden der Firma BASF (Glasurit) und der Polizei - Führungsakademie die Möglichkeiten zu gewünschten Neubauten gegeben. Die Führungsakademie will die Lehr- und Wohngebäude erweitern. Von der BASF sind weitere Fabrikationsgebäude vorgesehen (möglicherweise erst in fernerer Zukunft).

Bereits im Planungsausschuß gab es heftige Auseinandersetzungen über den notwendigen Umweltschutz. Lack- und Farbenfabriken müssen nach einem Erlaß des Sozialministers von vorhandenen und geplanten Wohngebäuden einen Mindestabstand von 300 Metern haben. Da dieser Abstand von der BASF nicht eingehalten wurde, schlug das Gewerbeaufsichtsamt eine Schutzzone vor. In dieser Schutzzone sollten nur Betriebseinrichtungen zugelassen werden, die eine bestimmte Lärmgrenze nicht überschreiten. Damit sollten die Erweiterungsplanungen der BASF ermöglicht und dem Umweltschutz für die Anwohner und die Polizeiführungsakademie wenigstens im bescheidenen Ausmaße Rechnung getragen werden.

Der CDU ging dieser Umweltschutz für Hilstrups Bürger zu weit. Mit ihrer Mehrheit lehnte die CDU die vom Gewerbeaufsichtsamt vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen für die Bürger ab.

Bei den Beratungen im Rat ging die CDU noch weiter. Sie setzte durch,

daß die BASF in der Schutzzone auch andere chemische Einrichtungen errichten kann. Alle Hinweise vom Gewerbeaufsichtsamt, von der Stadtverwaltung und von der SPD-Fraktion auf die Geruchs- und Geräuschbelästigungen der Anwohner wurden von der CDU ohne Skrupel beiseite geschoben. Die CDU setzte eine ungezügelte Erweiterung der BASF durch. Statt Bürgerinteressen wurden die der CDU ausschließlich Industrie-wünsche berücksichtigt. Der immer wieder zu hörende Hinweis auf die dadurch entstehenden Arbeitsplätze ist eine Verschleierung. Keine Industrie eignet sich so sehr für die Automatisierung wie die chemische, so daß bei einer Erweiterung nicht wesentlich mehr Arbeitsplätze entstehen werden, wenn nicht sogar von den vorhandenen noch welche wegrationalisiert werden.

Wie hält es die CDU mit dem Umweltschutz für Hilstrup? Soll für Hilstrups Bürger in Zukunft Gestank und Lärm (wieder) eine alltägliche Plage sein? Für die CDU-Antragsteller Dr. Hüffer und Dr. Tölle scheint das kein Problem zu sein. Sie wohnen ja weit genug weg vom Werksgelände.

Karl-Heinz Winter /do

IMPRESSUM

HILSTRUP - heute und morgen

Herausgeber: SPD-Ortsverein Hilstrup

Verantwortlich: Theodor Dopheide,
4400 Münster, Marktallee 75

Druck: Landwirtschaftsverlag Münster-Hilstrup